

## Partnerschaft fast am Ziel

**Nach fast drei Jahren der Bemühungen gibt es für die ugandische Gemeinde Bushenyi/Ishaka ein positives Signal aus Kronshagen: Am Mittwoch, 6. Juli, 19 Uhr, soll im Bürgerhaus der Partnerschaftsverein Kronshagen-Bushenyi/Ishaka gegründet werden. Genau eine Woche vorher wird der Satzungsentwurf erarbeitet.**

Von Torsten Müller

Artikel veröffentlicht: Freitag, 17.06.2016 16:22 Uhr

Auf dem Weg zum Uganda-Verein (von links): Andrea Linfoot (CDU) und Ulrike Khuen-Rauter (Grüne).



**Kronshagen.** Das ist das Ergebnis der jüngsten Sitzung des Uganda-Arbeitskreises im Sozialausschuss der Gemeinde. Knapp 40 Besucher nahmen daran teil. Lange war in Kronshagen über die Möglichkeit einer kommunalen Partnerschaft debattiert worden, doch als es im Sozialausschuss zum Schwur kommen sollte, fehlte die politische Mehrheit. Das Einzige, worauf sich das Gremium verständigen konnte, war die Gründung eines Partnerschaftsvereins – für viele Uganda-Sympathisanten völlig unverständlich. Klaus-Dieter Kolenda, der als Arzt an einer Verbesserung der Aids-Prävention in Uganda mitarbeitet, wollte denn auch von den Fraktionen die Gründe für die Zurückhaltung erfahren.

Thomas Kahle, CDU-Fraktionschef, wies darauf hin, dass es Vorbehalte wegen der politischen Situation in dem ostafrikanischen Land gegeben habe. Dennoch sei die Bereitschaft, etwas zu tun, vorhanden: „Die Frage ist nur, ob wir gleich mit einer kommunalen Partnerschaft starten wollen?“ Kahle sicherte zu, dass seine Fraktion den Verein personell und finanziell unterstützen wolle. „Wenn es gut läuft, können wir auch mehr machen“, sagte er. Eine Partnerschaft müsse für beide Seiten profitabel sein, auch die Partnerstadt Güstrow bekomme kein Geld (Anmerkung der Redaktion: In den Anfangsjahren flossen erhebliche Beträge).

Klaus Onnasch, Mitbegründer der Uganda-Begegnung, gab sich pragmatisch: Es habe keinen Sinn, mit Konflikten etwas erreichen zu wollen. Die Gemeinde Bushenyi/Ishaka wünsche sich eine „freundschaftliche Beziehung“ zu Kronshagen. Der Begriff „befreundete Gemeinde“ binde nicht wie ein Partnerschaftsvertrag. Ulrike Khuen-Rauter (Grüne), Vorsitzende des Sozialausschusses, sagte, nun müsse der Antrag gestellt werden, dass auch die Gemeinde Mitglied im Verein werde. Andrea Linfoot (CDU) bekräftigte, dass der Weg zur kommunalen Partnerschaft der richtige sei und dass es nur dann Zuschüsse vom Bund gebe.



Ein Artikel von  
**Torsten Müller** Redaktion Holsteiner Zeitung